

Frage 1:

Wie steht Ihre Partei nach den Erfahrungen aus den vergangenen Milchmarktkrisen zu den Forderungen der Milchviehhalter nach einer Erweiterung des Sicherheitsnetzes für den EU-Milchmarkt um zeitlich befristete Mengenbegrenzungsmaßnahmen im Falle schwerer Marktverwerfungen?

Langfristig muss sich das Milchangebot an der Nachfrage orientieren. Größere kurzfristige Marktverwerfungen und Krisen können jedoch sehr negative Auswirkungen haben und den Strukturwandel zusätzlich beschleunigen. Wir werden uns dafür einsetzen, die Bemühungen voranzutreiben, das Sicherheitsnetz auf europäischer Ebene im Hinblick auf kurzfristige Marktverwerfungen weiter zu stärken. Entscheidend für den Erfolg von mengenbegrenzenden Instrumenten ist dabei jedoch die Ausgestaltung und Anwendung im Einzelfall. Wir streben an, dass die Marktsignale möglichst früh und transparent bei allen Milcherzeugern ankommen, damit diese als Marktakteure im Marktkrisenfall schnell reagieren können. Hierfür sollen entsprechende Anreizstrukturen gestärkt werden.

Frage 2:

Wie stehen Sie zur Gründung von „Branchenverbänden/-organisationen“? Wie ist aus Ihrer Sicht die „Branche“ zu definieren und welche Befugnisse müsste eine entsprechende „Branchenorganisation Milch“ zugesprochen bekommen?

Wir stehen Gründungen von Branchenverbänden offen gegenüber. Ein Branchen- oder Wirtschaftsverband ist ein Verband, dem sich Unternehmen, Institutionen oder Verbände mit dem Ziel anschließen, gemeinsame Interessenvertretung zu betreiben. Diese Aufgaben werden bereits von Verbänden und Genossenschaften erfüllt. In einer Branchenorganisation Milch müssten Milcherzeugerinnen und Milcherzeuger und mindestens eine weitere Stufe der Wertschöpfungskette (Verarbeitung oder Handel) vertreten sein. Anerkennung und Befugnisse einer solchen Organisation hängen unter anderem davon ab, wie viel Produktions- bzw. Handelsmenge durch die Organisation repräsentiert werden.

Frage 3:

Sehen Sie bei der Verbesserung der Marktstellung der Milchviehhalter politischen Handlungsbedarf in Form einer verpflichtenden Vorgabe von Vereinbarungen über Preis, Menge, Dauer und Qualität der gesamten Liefermengen (Artikel 148 GMO) oder ist das eine Aufgabe ausschließlich der Marktpartner?

Wir wollen eine faire Lieferkette mit geteilter Marktverantwortung zwischen Erzeugern, Verarbeitern und Handel. Die Markt- und Produktionsrisiken dürfen nicht allein beim Erzeuger liegen. Hierzu leisten die Molkereien und Genossenschaften bereits wichtige Beiträge. Mit der Umsetzung der UTP-Richtlinie haben wir unfaire Handelspraktiken verboten. Die Entwicklung werden wir intensiv begleiten. Wir begrüßen die Bemühungen, die nationale Liste der unlauteren Handelspraktiken in der Lebensmittellieferkette zu erweitern, indem einige bisher nach Vereinbarung zulässigen Punkte der sog. „grauen Liste“ zu verbindlichen Verboten erklärt werden. Der nationalen Anwendung des Artikels 148 der Gemeinsamen Marktorganisation stehen wir offen gegenüber. Milchkaufverträge über Menge, Preis und Laufzeit unterstützen wir, sie sichern landwirtschaftliche Erzeuger ab und

helfen eine von Anfang an wirksame Mengensteuerung im Markt zu ermöglichen. Zur verbindlichen und umfassende Einführung der vertragsgebundenen Milcherzeugung ist der Bund verantwortlich Artikel 148 der GMO umsetzen.

Frage 4:

Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, sich bei der Weiterentwicklung der GAP 2027 neben der langfristigen Sicherung der Agrargelder vor allem auch mit deutlichen Veränderungen in der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) zu befassen?

Die neue Förderperiode der GAP startet im Jahr 2023. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Direktzahlungen in der neuen GAP einkommenswirksam bleiben und zudem kleinere und mittlere Betriebe, d. h. auch flächenarme, mit höheren Direktzahlungen für die ersten Hektare besonders gefördert werden. Um die Weidetierhaltung noch stärker zu fördern, wird es zusätzlich in der neuen Förderperiode gekoppelte Prämien je Tier und Jahr geben. Die Umsetzung sowie die praktische Anwendung der neuen GAP-Inhalte wollen und werden wir kritisch begleiten und wenn nötig Änderungen anstoßen. Das bestehende Kriseninstrumentarium auf EU-Ebene halten wir für ausreichend. Schritte hin zu einer staatlichen Mengenregulierung lehnen wir ab. Wir werden die Aktivitäten der heimischen Molkereien im Hinblick auf eine höhere Wertschöpfung unterstützen. Zudem werden wir prüfen, ob und wie die Marktmacht entlang der gesamten Wertschöpfungskette besser austariert werden kann. Das kann auch bedeutenden, den kartellrechtlichen Freiraum gegenüber dem LEH besser auszunutzen.

Frage 5:

Ist Ihre Partei der Ansicht, dass die wirtschaftlichen Probleme in der Landwirtschaft mit einer anderen Verteilung der Agrargelder / Direktzahlungen gelöst werden können? Wie stehen Sie hier zu einer möglichen Kappung oder Degression der Direktzahlungen/einer stärkeren Förderung der ersten Hektare?

Die Direktzahlungen und Mittel der zweiten Säule können nur unterstützend wirken. Mit der Reform der GAP werden erste Schritte in Richtung einer anderen Verteilung der Agrargelder unternommen. Die Direktzahlungen sinken und sind gleichzeitig an höhere Umweltauflagen geknüpft. Auf der anderen Seite steigt die Förderung für z.B. die ersten Hektare oder für Junglandwirte. Zudem sind fortlaufende Umschichtungen von der ersten in die zweite Säule beschlossen. Hierdurch und durch eine verbesserte Mittelzuweisung für NRW stehen mehr Mittel für Programme der zweiten Säule zur Verfügung. Neben diesen Unterstützungs-zahlungen ist es wichtig, Landwirtinnen und Landwirte stärker an der Wertschöpfung zu beteiligen. Branchendialoge, bessere Verhandlungspositionen für Erzeugergemeinschaften, auskömmliche und längerfristige Bezugs- und Lieferbedingungen sowie Regional- und Direktvermarktung sind hier Felder, in denen wir uns für die Landwirtinnen und Landwirte einsetzen.

Frage 6:

Unterstützt Ihre Partei Bestrebungen für eine klare Produkt- und Herkunftskennzeichnung?

Für Transparenz und Nachvollziehbarkeit in der gesamten Herstellungskette setzen wir uns für eine verbindliche und aussagekräftige europaweite Herkunfts- und Haltungskennzeichnung ein. Vermarktungsanreize sollen dadurch unterstützt werden. Wir wollen die Landwirtschaft dabei unterstützen, mehr Aufmerksamkeit für ihre Produkte zu generieren und ihre Vorteile darzustellen. Dazu werden wir die Sichtbarkeit regionaler Produkte verbessern indem wir das Regionalfenster weiterentwickeln und ein Marketing für Nahrungsmittel „Made in NRW“ aufbauen. Die

Landwirtinnen und Landwirte selber müssen die Möglichkeiten der Bildung von Erzeugergemeinschaften nutzen und damit für eine bessere Bündelung des Angebots und eine Professionalisierung der Vermarktung zu sorgen. Dabei unterstützen wir die Erzeugung und Vermarktung regionaler Spezialitäten und Produkte und wollen, dass Regionalität besser sichtbar wird.

Frage 7:

Wie soll aus Sicht Ihrer Partei der anvisierte Umbau der Haltungssysteme hin zu mehr Tierwohl finanziert werden und sehen Sie die Vorstellung der Borchert-Kommission hinzu als zielführend an?

Unsere Tierhaltung gehört – im Hinblick auf die Qualität und Sicherheit ihrer Erzeugnisse, die Tierwohlstandards sowie die ressourcenschonende Produktion – zu den besten der Welt. Daran müssen wir festhalten und sie weiter zukunftsfähig aufstellen. Tierwohl muss im Fokus von Tierhaltung stehen. Wir werden diesen Prozess weiter beschleunigen und dabei die Folgen für die landwirtschaftlichen Betriebe beachten. Mehr Tierwohl führt zu höheren Kosten. Die Mehrkosten müssen für die Erzeuger durch eine Kombination aus staatlich abgesicherter Investitionsförderung und einem Ausgleich für die Erzeugung mit höheren Tierwohlstandards abgegolten werden. Und: Die Mehrkosten sollen moderat auf die Verbraucherpreise umgelegt werden. Um Planungsprozesse für mehr Tierwohl zu beschleunigen, werden wir die Regelungen im Umwelt-, Immissions-, Bau- und Planungsrecht anpassen und aufeinander abstimmen.

Frage 8:

Wie können Milchviehbetriebe, die in einer teilweisen Anbindehaltung (Kombinationshaltung) wirtschaften, in ihren Bestrebungen, die Haltungsbedingungen zu verbessern, durch die öffentliche Hand unterstützt werden?

In der Diskussion um den Umbau der Nutztierhaltung ist es für all jene Betriebe, die ihre Ställe umbauen und auf mehr Tierwohl setzen wollen essentiell, Planungssicherheit zu bekommen. Dafür wollen wir uns einsetzen. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass in der Agrarstrukturförderung der 2. Säule und in vertiefenden Landes- und Bundesprogrammen Schwerpunkte auf den Stallumbau und -neubau gesetzt werden. Ziel muss sein, durch diese staatlichen Hilfen das Tierwohl zu verbessern, alle Nutztierhalter anzusprechen und trotzdem auf dem heimischen Markt wettbewerbsfähig zu halten. Begleitet werden müssen die Schritte in Richtung mehr Tierwohl mit höheren Erlösen für die Tierhalter. Neben den oben genannten Punkten zur Finanzierung des Umbaus der Haltungssysteme gehört vor allem die bessere Vermarktung.